



Aufhebung des PKK Verbots in Deutschland, um das Problem der Kurden auf demokratische Art zu lösen

Die syrisch-kurdische Stadt Kobane steht kurz davor, in die Hände des barbarischen "Islamischen Staates" zu fallen, weil die türkische Regierung sich weigert, freiwillige kurdische Kämpfer aus Kobane, die ihre Familien über die Grenze in Sicherheit gebracht haben, nach Kobane zurückkehren zu lassen. Es droht ein Massaker, und in der Türkei selbst könnte der mühsam in Gang gekommene türkisch-kurdische Friedensprozess einem Bürgerkrieg Platz machen.

Angesichts dieser gefährlichen Entwicklung appellieren wir an Sie, Frau Bundeskanzlerin: Heben Sie das Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) auf. Dadurch würde Deutschland dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan unmissverständlich nahe legen, die Friedensgespräche mit der PKK fortzusetzen und den Widerstand des der PKK nahestehenden Volksverteidigungskomitees in Kobane nicht länger zu blockieren. Zudem wäre die Aufhebung des PKK-Verbots die logische Konsequenz der Entwicklung in der Kurdischen Arbeiterpartei. Denn sie hat ihre undemokratischen Strukturen längst ebenso hinter sich gelassen wie ihre separatistischen Ziele. Die großen friedlichen Demonstrationen der PKK-Anhänger in den letzten Tagen in zahlreichen deutschen Städten stellten diesen Perspektivwandel unter Beweis.

Die PKK verfolgt das Ziel einer autonom und demokratisch aufgebauten Verwaltung innerhalb des türkischen Staatsverbandes. Das ihr nahe stehende Volksverteidigungskomitee YPG in den drei syrischen Kantonen Rojava hat in den letzten zwei Jahren für eine solche Verwaltungsstruktur die Grundlage geschaffen. Nach Überzeugung vieler Wissenschaftler und zivilgesellschaftlicher Experten, die übereinstimmend mit großem Respekt über das Zusammenleben von kurdischen Moslems, Christen, Assyren, Arabern in Rojava berichten, entsteht dort ein friedens- und entwicklungspolitisches Modell für viele Teile der Region. Kurden aus Rojava waren es auch, die im September die kurdischen Jesiden in Sindschar (Nordirak) vor einem Völkermord bewahrt haben. Sie sind es auch, die Dank ihres beeindruckenden Rückhaltes in der eigenen Bevölkerung trotz hoffnungsloser militärischer Unterlegenheit den Sieg der IS-Mörderbanden in Kobane bisher verhindert haben.

1. Das PKK Verbot behindert eine demokratische Lösung der Kurdenfrage
2. Durch das Verbot werden viele Kurden in Deutschland kriminalisiert.
3. Die PKK hat durch die Friedensverhandlungen mit der türkischen Regierung bewiesen, dass sie gegen Gewalt ist und dass sie die Probleme politisch lösen möchten.
4. Wir bitten die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die PKK von der EU- Terrorliste gestrichen wird.
5. Wir bitten die Bundesregierung sich für die Freilassung von Abdullah Öcalan einzusetzen.

Begründung:

Die PKK kämpft gegen die Unterdrückung aller Völker, für die Gleichstellung von Mann und Frau und die Gleichberechtigung aller Ethnien.

Zur Petition: <https://www.openpetition.de/petition/online/holen-sie-die-pkk-schnell-aus-der-europaschen-terroristischen-gruppe3#sticky>

Pressekontakt

Herr Binai Amen
Halemweg 21
13627 Berlin

binai06@hotmail.de

Firmenkontakt

Herr Binai Amen
Halemweg 21
13627 Berlin

binai06@hotmail.de